

## Aufbruch am Müggelturm

Nach Jahren des Verfalls bewegt sich was am Berliner Ausflugsziel. Seite 3

## Oskar Negt erinnert sich

»Ich habe in meinem Leben viel Glück gehabt«, sagt der Philosoph. Seite 14

## Gemeinsam weniger allein

Putin und Erdogan – eine Kombination, die den Westen schaudern lässt. Das verbindet. Und bietet beiden einen Ausweg aus der Isolation. Seite 5

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 10. März 2017

72. Jahrgang/Nr. 59

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Foto: dpa/Sedat Suna

### STANDPUNKT

## Wenn es zu spät ist, klappt alles

Markus Drescher über Anti-Terror-Übungen

Läuft also. Ein paar Kommunikationsprobleme gibt's zwar noch, aber im Großen und Ganzen zeigte man sich durchaus zufrieden mit dem gemeinsamen Üben von Bundeswehr und Polizei. Bei »Terroranschlägen katastrophalen Ausmaßes« sind die bewaffneten Organe der BRD also theoretisch in der Lage, miteinander zu arbeiten. Total beruhigend? Also irgendwie nicht so richtig.

Tot sind dann nämlich schon so einige – weil Terroristen im Vorfeld unbemerkt von den Sicherheitsbehörden mehrere zeitgleiche Angriffe in Deutschland planen, vorbereiten und schließlich auch verüben konnten.

Ja schon klar, Politiker wollen sich für den Fall der Fälle absichern (»Waren gut vorbereitet«), der Bevölkerung signalisieren, dass sie alles im Griff haben (»Sind gut vorbereitet«), und nicht zuletzt die Deutungshoheit über den Einsatz der Bundeswehr im Innern behaupten (»Ist wichtig für die gute Vorbereitung«).

So, eine Frage: Nachdem also geklärt ist, dass alle gut auf Leichenberge vorbereitet sind, wie sieht es denn mit allem davor aus? Wenn man für eine Antwort die bisherigen Erkenntnisse zum Fall Anis Amri, dem Attentäter von Berlin, heranzieht, muss diese wohl heißen: »Terrorabwehr mit katastrophalem Ausgang«. Und da sind noch nicht einmal die – grob gesagt – außenpolitischen Versäumnisse einberechnet.

bleibt unterm Strich: Wenn's richtig knallt, können alle beruhigt sein, das läuft. Bloß davor sieht's halt düster aus.

### UNTEN LINKS

Mindestens drei Dinge gibt es, die kein Mensch braucht, mit denen wir aber trotzdem behelligt werden: Feinstaub, Treuepunkte und Werbeslogans für Bundesländer. Für letzteres werfen selbst Länder, die gern über knappe Finanzen jammern, viel Geld an Marketingagenturen raus, nur damit dann etwa an der Autobahn, wenn man die Flurgrenze von Hessen erreicht, ein großes Schild mit der Aufschrift »An Hessen führt kein Weg vorbei« steht. Um den Unsinn auf die Spitze zu treiben, mussten jetzt Studenten der Universität Hohenheim mit Hilfe einer Online-Umfrage die Beliebtheit solcher Werbesprüche herausfinden. Das Ergebnis ist vollkommen uninteressant; aber immerhin teilten drei Viertel der Befragten mit, dass sie solche Slogans überflüssig finden. Das eigentlich Erschütternde: Die Umfrage war Teil eines Projekts namens »Humboldt reloaded«, mit dem man Studierende »für die Wissenschaft begeistern« will. Ach du lieber Gott. Arme Humboldts, arme Wissenschaft. wh

## Angst vor Abschiebung

Grüne und LINKE wollen Asylrechtsverschärfungen im Bundesrat aufhalten



Foto: Reuters/Marko Djurica

Berlin. Unter der Flüchtlingspolitik der EU leiden nicht selten Kinder wie hier auf dem Foto ein Mädchen, dem an der mazedonisch-griechischen Grenze bei Idomeni die Rückstreuung droht. Ein Schicksal, vor dem sich auch andere Schutzsuchende fürchten. So ist ein zehnjähriger Junge seit dem 3. März in Schwerein verschwunden, nach Angaben der Polizei wahrscheinlich aus Angst vor einer möglichen Rückkehr nach Afghanistan. Er steht unter der Vormundschaft des Jugendamtes. Nun wird die Öffentlichkeit um Hilfe bei der Suche gebeten. Die Polizei veröffentlichte ein Foto des Jungen. Die Bundesregierung hält Afghanis-

tan trotz des Krieges teilweise für sicher und schiebt Asylbewerber dorthin ab.

In der Flüchtlingspolitik setzt die Große Koalition zudem auf die Zusammenarbeit mit autokratisch regierten Staaten wie der Türkei. Vor dem am Donnerstag begonnenen EU-Gipfel in Brüssel kritisierte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Griechenland, weil die Lage der Flüchtlinge auf den dortigen Inseln weiterhin »sehr unbefriedigend« sei und das EU-Türkei-Abkommen von griechischer Seite nicht wie notwendig umgesetzt werde. Das Abkommen erlaubt die Abschiebung von Flüchtlingen aus Griechenland zurück in die Türkei.

Auch der Druck auf Geflüchtete aus Tunesien, Algerien und Marokko soll steigen. Der Bundesrat wird aber am Freitag voraussichtlich nicht dem Willen des Bundestages folgen, diese Länder zu »sicheren Herkunftsstaaten« zu erklären. »Gerade in Marokko und Algerien sind schwere Menschenrechtsverletzungen, politische Verfolgung, extralegale Tötungen und Folter verbreitet«, kritisierte die LINKE-Politikerin Ulla Jelpke. Länder mit grüner und linker Regierungsbeteiligung wollen den Beschluss blockieren. Bundesregierung oder Bundestag können dann den Vermittlungsausschuss anrufen. avr Seite 2

## Putin für Normalisierung der Beziehungen

Bundesaußenminister Gabriel betont beim Antrittsbesuch in Russland Dialogbereitschaft

**Meinungsverschiedenheiten waren bei den Gesprächen von Bundesaußenminister Gabriel in Moskau unüberhörbar – aber auch das Bemühen um bessere Zusammenarbeit.**

Von Olaf Standke

Mit einem Gespräch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin endete am Donnerstag der Antrittsbesuch von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel in Moskau, im Unterschied zu früheren Begegnungen dieses Mal im Kreml. Eine protokollarische Ehre, die meist nur Staats- und Regierungschefs vorbehalten bleibt. Wie Putin betonte, »besteht unsere gemeinsame Aufgabe darin, die Beziehungen vollständig zu normalisieren und die Schwierigkeiten zu überwinden, auf die wir stoßen«. Laut der Agentur Interfax lud er Bundeskanzlerin Angela Merkel und den künftigen Bundespräsidenten Frank-Walter

Steinmeier nach Russland ein. Wegen des Ukraine-Konflikts ist das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau gespannt. Doch es sei eine gemeinsame Aufgabe, sich für Frieden und Stabilität in Europa einzusetzen, so Gabriel.

Zuvor hatte er sich mit seinem Amtskollegen Sergej Lawrow getroffen. Es könne nicht hingenommen werden, dass mitten in Europa Grenzen verletzt werden, sagte Gabriel danach mit Blick auf den Ukraine-Konflikt. Dessen Lösung sei Voraussetzung, um den Trend zur Aufrüstung in Europa wieder umzukehren. Die Unfähigkeit zu einer solchen Konfliktlösung könne für massive Ängste in Polen und im Baltikum, wo Gabriel zuvor Station gemacht hatte; sie sei der Grund für die Stationierung von NATO-Truppen, was wiederum zu Reaktionen Russlands führe.

Das sieht Lawrow etwas anders. Das Verhältnis zwischen Russland und NATO habe mit dem

Ukraine-Problem nichts zu tun. Es sei geradezu paranoid und aggressiv, wenn die Allianz im NATO-Russland-Rat immer nur über diesen Punkt reden wolle. Auch der Vorwurf eines unangemessenen russischen Militäraufmarschs entlang der Grenzen zu den baltischen Staaten und zu Polen sei völlig haltlos. Denn »wir reagieren darauf, wie wir de facto von NATO-Waffen, von NATO-Einheiten umzingelt werden« – auch von deutschen. Lawrow schlug vor, die Truppen- und Waffenstationierungen im NATO-Russland-Rat abzugleichen. Dann würden sich alle Fragen von alleine beantworten.

Fast zeitgleich hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow Washingtoner Vorwürfe zurückgewiesen, Moskau habe gegen Westeuropa gerichtete Marschflugkörper stationiert und damit gegen den INF-Vertrag über atomare Mittelstreckensysteme verstoßen. Russland habe »immer al-

le internationalen Verpflichtungen erfüllt« und werde dies auch weiterhin tun. Was auch für den Ende der 1980er Jahre unterzeichneten INF-Vertrag gelte.

Einig waren sich Lawrow und Gabriel in der Forderung nach einer Stärkung der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine, beim Personal wie bei der Ausrüstung. Berlin sehe keine Alternative zur Umsetzung des Minsker Abkommens.

### Lesen Sie morgen im wochen-nd

USA: »Jacobin« – eine linke Stimme

Marokko: Neue Heimat für eine Schweizerin

Albanien: Junge Linke jenseits von Nostalgie

## Donald Tusk als EU-Ratspräsident wiedergewählt

Polnische Regierung hatte sich heftig gegen zweite Amtszeit gewehrt

Brüssel. EU-Ratspräsident Donald Tusk ist ungeachtet des Widerstands seines Heimatlandes Polen für eine zweite Amtszeit bis Ende 2019 gewählt worden. Die Staats- und Regierungschefs votierten am Donnerstag in Brüssel für den 59-Jährigen, wie mehrere Teilnehmer des EU-Gipfels in Brüssel mitteilten. Tusk schrieb im Kurznachrichtendienst Twitter: »Danke fürs Daumendrücken und die herzliche Unterstützung. Es hat geholfen!«

Die nationalkonservative Warschauer PiS-Regierung hatte sich zuvor heftig gegen die Wiederwahl des früheren polnischen Ministerpräsidenten gestraut. PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski gilt als vehementer Gegner des Liberalen Tusk. Unlängst hatte die Partei noch den polnischen Europaabgeordneten Jacek Saryusz-Wolski als Gegenkandidaten für das Amt aufgestellt. Die Fronten waren bis zum Beginn des Gipfels verhärtet. Polen drohte, das Treffen der Staats- und Regierungschefs kurzfristig platzen zu lassen. dpa/nd

## Truppe für den Terror

Von der Leyen verteidigt Inlandseinsätze der Bundeswehr

Murnau. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat die Möglichkeit von Inlandseinsätzen der Bundeswehr bei Terroranschlägen katastrophalen Ausmaßes verteidigt. Das Grundgesetz lasse dies ausdrücklich zu, sagte von der Leyen beim Besuch einer gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr zur Terrorabwehr am Donnerstag in einer Kaserne im oberbayerischen Murnau am Staffelsee. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn die Soldaten bei einem schweren Terroranschlag, bei dem die Polizei an ihre Grenzen stößt, in den Kasernen blieben. Die Verteidigungsministerin machte aber unmissverständlich klar, dass die Einsatzführung bei einem derartigen Bundeswehreininsatz ausschließlich bei der Polizei läge.

Nach Ansicht der Bundesregierung hat die gemeinsame Antiterror-Übung auch Schwachstellen in der Kommunikation aufgedeckt. Zu Beginn hätten Entscheidungswege zu lange gedauert, erläuterte von der Leyen. Agenturen/nd

## Regierung einig mit Atomkonzernen

Entsorgungspakt steht / Konzerne nehmen nicht alle Klagen zurück

Berlin. Der Staat kann mit den Energiekonzernen einen milliardenschweren Pakt zur Entsorgung atomarer Altlasten schließen. Die Koalition und die Energieriesen Vattenfall, E.on, RWE und EnBW haben sich auf Details verständigt. Wie dpa am Donnerstag aus Regierungskreisen erfuhr, lassen die Konzerne jedoch nicht – wie von der Politik angestrebt – alle Klagen wegen des Atomausstiegs fallen. Anhängig bleibt der Streit um die Brennelementesteuer, die 2016 ausgelaufen ist. Zudem klagt Vattenfall vor einem Schiedsgericht auf 4,7 Milliarden Euro Entschädigung. Einige Klagen mit weniger hohem Streitwert lassen die Konzerne dagegen fallen.

Der Pakt sieht vor, dass der Staat den Konzernen die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung des Atomabfalls abnimmt. Dafür sollen sie bis 2022 rund 23,55 Milliarden Euro an einen Fonds überweisen. Der Vertrag soll unmittelbar nach Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes unterzeichnet werden. Zuvor muss die EU-Kommission aber noch grünes Licht geben. dpa/nd

ISSN 0323-3375



4 198652 501709